

**Rede
von**

Christoph Bratmann, MdL

zu TOP Nr. 13 und 14 – Abschließende Beratung/Erste Beratung

**13 a) Berufsschulen stärken - Berufliche Bildung in
Niedersachsen voranbringen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2564

**13b) Berufsbildende Schulen stärken und
weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3662

**13c) Berufliche Bildung in Niedersachsen stärken -
Sofortmaßnahmen für eine bessere
Unterrichtsversorgung auf den Weg bringen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3930

**14) Zuständigkeit für Berufsschulen an das
Wirtschaftsministerium übertragen**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/5635

während der Plenarsitzung vom 29.01.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Januar, das ist immer die Zeit der Neujahrsempfänge, und ich war - ich glaube, wie viele andere Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Haus auch - auf einigen Neujahrsempfängen, insbesondere bei den Wirtschaftsverbänden, den Kammern, bei der Handwerkskammer, bei der Industrie- und Handelskammer z. B. Da trifft man viele Akteure aus der beruflichen Bildung, Schulleitungen, mit denen man gut ins Gespräch kommen kann. Ich schätze das immer sehr und nutze das gerne, um Handlungsaufträge mitzunehmen und auch die Politik, die wir hier in Niedersachsen machen, zu erörtern.

Bei den Neujahrsempfängen 2019 wurde uns vieles ins Stammbuch geschrieben und gesagt: Wir haben Sorge, wir haben Bedenken hinsichtlich der Budgetproblematik. Wir haben Sorge hinsichtlich der Unterrichtsverpflichtungen, und wir haben insbesondere Sorge hinsichtlich der Flexibilität, was die Einstellung von Vertretungslehrkräften angeht - alles vor dem Hintergrund der Einsparverpflichtungen im Bereich der Budgets.

Bei den Neujahrsempfängen 2020 habe ich von den Akteuren der beruflichen Bildung - und es waren einige, die ich getroffen habe - viel Zuspruch erhalten. Sie haben gesagt: Mit dem BBS-Paket, das mit dem Haushalt im Dezember beschlossen wurde, sind mehrere Schritte in die richtige Richtung gegangen worden. Viele waren über die 15 Millionen Euro erleichtert, mit denen wir die Budgets abgesichert haben.

Sie wussten auch zu schätzen, dass die Stellen aus SPRINT im Haushalt verstetigt werden und sie damit viel mehr Möglichkeiten haben, die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Das erfuhr viel Wertschätzung, und es war klar, dass das nicht ausreicht, sondern dass wir weitere Schritte gehen müssen. Aber es waren Schritte in die richtige Richtung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Um darüber hinaus langfristig zu einer besseren Unterrichtsversorgung zu kommen, müssen wir genau das machen, was Kollege Försterling eben auch angesprochen hat und was durchaus auch zu den Entschließungsanträgen der FDP und der GRÜNEN identisch war.

Wir haben ja gehört, die FDP versteht sich nun als Serviceopposition, und von daher bin ich immer für Stichworte dankbar, die dazu beitragen, dass wir gemeinsam zu guten Lösungen kommen. Zwei Punkte sind da wichtig:

Erstens. Wir brauchen mehr grundständig ausgebildete Lehrkräfte im System der beruflichen Bildung. Darüber kann kein Dissens bestehen, und es gibt eine entsprechende Arbeitsgruppe zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur und dem Kultusministerium, die genau das erarbeiten soll. Das geht nur nicht von heute auf morgen. Wir sind aber auf dem Weg.

Zweitens. Wir müssen auch den Seiten- und Quereinstieg erleichtern und entbürokratisieren. Auch das war hier schon mehrfach Thema. Auch da sind wir auf dem Weg, und ich würde mir wünschen, dass da einiges noch schneller geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das alles wurde auch in der Anhörung weitgehend begrüßt, die wir zum Thema berufliche Bildung durchgeführt haben. Es gab in der Anhörung allerdings auch interessante Kontroversen, und ich will dazu ein ganz wichtiges Thema herausgreifen, die wohnortnahe Beschulung. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir sehr auf die wohnortnahe Beschulung setzen und die wohnortnahe Beschulung wichtig ist.

In der Anhörung allerdings hat die Industrie- und Handelskammer durchaus eine andere Sichtweise deutlich gemacht als die Handwerkskammer. Die Handwerkskammer hat gesagt, die wohnortnahe Beschulung wie eine Monstranz vor sich herzutragen und nur auf sie zu setzen, werde der Sache und vor allen Dingen der Qualität der Ausbildung nicht immer gerecht. Das zeigt, dass das Thema komplex ist und wir einen Mittelweg zum Thema wohnortnahe Beschulung finden müssen. Der Weg, der aus unserer Sicht der richtige ist, ist der Weg der regional abgestimmten Bildungslandschaften. Die Kompetenz dazu liegt bei den Schulträgern vor Ort, die liegt bei den Regionen, und wir können das Ganze landesweit nur unterstützen und moderieren. Hier ist der Weg „ermöglichen statt verordnen“ der richtige, und ich hoffe, dass es da deutlich vorangeht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Alles in allem ist in dem Entschließungsantrag von SPD und CDU vieles enthalten, was Daueraufgaben im Bereich der beruflichen Bildung betrifft. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist eine Daueraufgabe, bei der wir noch weiter liefern müssen. Die Stärkung unserer berufsbildenden Schulen im Allgemeinen ist eine Daueraufgabe. Auch die Kooperation mit der Wirtschaft ist eine Daueraufgabe. Da sind wir auf einem guten Weg. Da haben wir schon wichtige Schritte getan. Aber diese Aufgabe muss uns weiter umtreiben, solange diese Koalition besteht - und natürlich auch darüber hinaus.

Damit komme ich zum Antrag der AfD. Herr Rykena, Sie fordern, die Zuständigkeit für die berufsbildenden Schulen in das Wirtschaftsministerium zu verlagern. Das Thema ist nicht neu. In der Tat kommt es in der beruflichen Bildung auf eine gelingende Kooperation zwischen Wirtschaft und Schulen an. Berufliche Bildung bleibt aber im Kern Bildung.

Ich verweise hier auf die wichtige Aufgabe, die den berufsbildenden Schulen zukommt und die ich an dieser Stelle mehrfach genannt habe.

Es zeugt von dem Bild, das Sie, Herr Rykena, von berufsbildenden Schulen haben, wenn sie von einem unterfinanzierten Reparaturbetrieb der Allgemeinbildung reden. Sagen Sie das mal Berufsschullehrkräften, die in den Schulformen Berufliches Gymnasium, Fachoberschule und Berufsfachschule unterrichten, die das gern und voller Stolz tun, weil diese Schulformen wichtig für unser Land und für unser Bildungssystem sind! Sagen Sie denen das mal! Sie werden die entsprechenden Antworten kriegen. Da bin ich mir ziemlich sicher.

Diese Schulformen und die berufsbildenden Schulen im Allgemeinen sind ganz wichtige Bausteine unseres Bildungssystems. Denn sie sorgen dafür, dass auch Schülerinnen und Schüler, die im Bereich der allgemeinbildenden Schulen nicht den geraden Weg gegangen sind, zu höherwertigen Abschlüssen kommen und daneben auch noch wichtige berufspraktische Erfahrungen sammeln können. Sie helfen dabei, sich beruflich

zu orientieren und den wichtigen Weg auf den Arbeitsmarkt zu finden. Das ist unglaublich wichtig. Daran werden wir weiter festhalten. Deshalb ist Ihr Antrag abzulehnen.

Zum Vorwurf der stiefmütterlichen Behandlung kann ich abschließend nur sagen: Die regierungs-tragenden Fraktionen von SPD und CDU und vor allem unser Kultusminister Grant Hendrik Tonne stehen für die Gleichwertigkeit von akademischer, allgemeiner und beruflicher Bildung. Das werden wir auch weiter so handhaben.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.